

Lichtenstein-Gaußberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Hödlik, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidi, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Lohschnappel und Lirschheim

Amtsblatt für das

Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im

Amtsgerichtsbezirk

Nr. 7.

Dampfbahnpostverkehr
im Amtsgerichtsbezirk

69 Jahrgang

Freitag, den 10. Januar

Berbeitszeitung
im Amtsgerichtsbezirk

1919.

Lichtenstein.

Fürstengraben, 2. W. R. B. Abhälft 18, 1/4. Ps. 35 Pg. Nr. 1831—2107 bei Reinhart, Nr. 2108—Ende, Nr. 1—151 bei Rätschler.
Gästel, auf Postkarte, 1 Päckchen 25 Pg. Nr. 1—329 in der Apotheke, Nr. 330—997 bei Bleymann, 2 Personen erhalten ein Päckchen.

Alle Gasthäuser, Gast- und Schankwirtschaften, Kinos und öffentliche Versammlungsräume sind aufgrund der Feierlichkeiten von 10 Uhr abends an zu schließen.
Stadtrat Lichtenstein, am 8. Januar 1919.

I. Allen offenen Badegeschäften ist der Bezug von Gas zu Beleuchtzwecken spätestens von 6 Uhr abends an an allen Tagen der Woche gesperrt.

II. Die Benutzung von Bädern zur Beleuchtung ist verboten.

III. Endlich ist verboten, die Beleuchtung und Bedeutung von Sälen und Räumen zur Ablösung von Theatervergnügungen jeder Art, einschließlich der Vereinshäuser, Familienhäuser und Tanzstunden.

Gashaus Lichtenstein, am 8. Januar 1919.

Es steht zu erwarten, daß vor dem 9. November v. J. entlassene, bedürftige Krieger (Kriegsbeschädigte) momentan nicht oder zu einem niedrigen, angemessenen Kaufpreis mit bürgerlichen Kleidungsstücken versorgt werden können. Anmeldungen sind nur Freitag, den 10. bis Mitt., vom 10—1 Uhr in der Rathauslavazet, wo auch nähere Auskunft erteilt wird, zu bewirken.

Lichtenstein, den 9. Januar 1919.

Verein Heimatdank für die Stadt Lichtenstein.

Kartoffeln auf Landes- bez. Bezirkskartoffellkarten,

1 Rentner 10 Mark,

Freitag, den 10. Januar 1919 von vormittags 8 Uhr an (Rathaus), Weizkraut, 10 Pfund 75 Pg., Kohlräben, 10 Pfund 75 Pg., Sonnabend, den 11. Januar vormittags 8 bis 12 Uhr.

Der Ernährungsausschuß für Gallenberg.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die Engländer besiegeln Freudenthal, Zuckmantel und Bremisch.

* Von zuverlässiger Seite wird der "Germania" mitgeteilt, daß 100 Bolschewisten in Berlin eingetroffen sind und sich in deutscher Soldatenkleidung dort aufzuhalten.

* In Posen finden noch immer Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen statt, an denen jetzt das Generalkommando des 2. Armeekorps teilnimmt. Es wird eine Verständigung erhofft. — Natürlich auf Kosten der Deutschen!

* In Irland ist eine starke Bewegung für die Errichtung einer Republik im Gange.

* Spanien erhebt Ansprüche auf Rückertatung Gibraltar, findet aber wenig Gegenliebe bei England.

* Deutschland soll zunächst nicht in den Völkerbund aufgenommen werden.

* "Daily Mail" meldet: Feldmarschall Mackensen wird von Salmiki nach Frankreich gebracht werden.

* Die Zahl der in den Berliner Kämpfen erschossenen Personen soll sich auf 30 Männer und Frauen belaufen, 45 sollen verwundet sein. Diese Angabe ist über bei weitem nicht vollständig.

* Der törichtste Witz ist, daß in Berlin sogar französische Franzosen umgesetzt für Liebknecht demonstrierten durften.

* In Berlin sollen jetzt 40 000 Mann regierungstreuer Truppen versammelt sein. Weitere Transporte, besonders Artillerie, seien noch unterwegs.

* Clemenceau droht mit Abbruch der Verhandlungen infolge der bolschewistischen Vorgänge in Berlin. Andere Meldungen wieder besagen, die Entente lasse den Brand sich austoben, sie diente nicht an die Befreiung der Reichshauptstadt.

* Die Arbeiter- und Soldatenruhen in England breiten weiter um sich.

* Die lebhaftesten Kundgebungen u. stürmischsten Auffrische mit Bergeläutungen seitens der Sozialdemokratie fanden in Braunschweig statt. In anderen Städten des Reiches, so auch in Leipzig und Dresden, waren die Kundgebungen für Liebknecht wenig von Belang.

Belagerungszustand über Berlin.

Berlin, 8. Januar. Die Lage der Regierung ist heute günstiger zu beurteilen als gestern, nachdem es Regierungstruppen gelungen ist, eine Anzahl wichtiger Gebäude und besonders die Bahnstrecke den Spartakisten zu entreißen. Auch hat die Regierung starren Angriff von auswärtigen Truppen sowie aus sozialdemokratischen und bürgerlichen Kreisen erhalten und steht allem Anschein nach fern im Begriff, ihre militärischen Mittel einzusetzen. Die Matrosen, die sich gestern in den Streit zwischen Regierung und Spartakus für neutral erklärt hatten, haben, wie sie auf das bestimmtste versichern, alle Beziehungen zu Liebknecht und den Unabhängigen abgebrochen. Die Haltung der Matrosen ist von nun an größerer Bedeutung, als sie seit einigen Tagen die

Bewachung der Reichsbank übernommen haben. Die Matrosenwache soll entschlossen sein, die Bank gegen jeden Angriff zu schützen und ihren Geschäftsgang fortzusetzen.

Ancheinend leiden die Spartakisten unter Nahrungsmanngel. Gestern entwickelten sich besonders schwere Kämpfe um das W. C. B. und um verschiedene Bahnstrecken; der Streit der Berliner Straßenbahner wurde durch Verhandlungen beigelegt. Der Oberbefehlshaber Roske hat über Berlin den Belagerungszustand verhängt. Der heutige Tag sollte große blutige Kämpfe bringen, aber es liegen noch keine Nachrichten darüber vor. Gewißheit besteht zu sein, daß von Kiel, Potsdam usw. größere Massen regierungstreuer Truppen eintrafen, sodass für die Regierung keinerlei Überraschungen mehr zu befürchten sind. Es wird aber auch höchste Zeit, daß die Regierung die Überhand gewinnt, denn auch aus einer größeren Anzahl Städte des Reiches werden spartakistische Unruhen mit Gewalttaten gemeldet. Auch die Lebensmittelversorgung Deutschlands seitens des Vertrages wird durch die Unruhen in Frage gestellt und die wirtschaftliche Lage verschärft sich von Tag zu Tag.

Zur Lage im Osten.

Die Polen sind angeblich in Stärke von 34 000 Mann im Anmarsch auf Schneidemühl, um sich des dortigen Bahnhofes zu bemächtigen und die Verbindung zwischen Berlin und dem Osten zu unterbrechen. Entgegen den vielfach umlaufenden Berichten kommt der Mitarbeiter des Blattes feststellen, daß sowohl in Thorn wie auch in Gründau völlige Ruhe herrscht.

Deutschland, 8. Januar. Von neuem droht ein Bergarbeiterstreik auszubrechen. Die Ursachen des Zustandes sind anscheinend polnisch-spartakistische Unruhen. Die Arbeiter verlangen die Eöffnung der polnischen Grenzen, Entfernung jeglichen Militärs, Anerkennung der Regierung Liebknecht und Generalstreik bis zur Entfernung der Regierung Ebert-Scheidemann.

Posen, 8. Januar. Als Vergeltungsmahrez gegen das von einigen Flugzeugen aus Frankfurt a. M. erfolgte Bombenabwurf wurde gestern die Internierung des Kommandierenden Generals von Beck und Kolack verfügt. Die Reichsregierung erachtet eine Aufhebung der Internierung, da die schwelenden Verhandlungen dadurch aufs empfindlichste gefährdet würden.

Ansammlung deutscher Streitkräfte.

Posen, 8. Januar. Über die Lage in den Provinzen Posen und Westpreußen erfährt W. C. B. Bei Rogätz (Kreis Bonn) versammeln sich deutsche Kräfte mit Artillerie. Röbel ist wieder in polnischen Händen. Nördlich von Röbel bei Beuthen sind die Kämpfe unentschieden. Kolmar ist in deutscher Hand. Die Deutschen rücken auf Wollstein vor. Bei Lissa, etwas nördlich von der Stadt, sind die Eisenbahngleise von den Deutschen aufgerissen worden. Beuthen ist in deutscher Hand.

Beuthen, 8. Januar. Beuthen ist augenscheinlich noch in deutschem Besitz. Es finden dort schwere Kämpfe statt.

Bromberg wieder in deutschem Besitz.
Bromberg, 8. Januar. Wie die T. U. von zuverlässiger Seite erfährt, befindet sich die Stadt Bromberg wieder in deutschem Besitz. In Bromberg wie in den umliegenden Orten wird an der Bildung einer Bürgerwehr gearbeitet. Es haben sich bereits in den verschiedenen Ortschaften über 1000 Personen eingeschrieben lassen. Nach der "Ostdeutschen Rundschau" hat Paderewski in Polen erklärt, daß die Entente mit dem Vorzeichen der Polen nicht einverstanden sei und ihnen die Provinz Polen nicht zuspreche. Deshalb müssten die Polen versuchen, diese mit Gewalt in ihren Besitz zu bringen.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 9. Januar 1919.

*— **Nahfahrtkarten abholen.** Die seinerzeit auf der bietigen Ratskanzlei abgegebenen Nahfahrtkarten können nunmehr dort wieder abgeholt werden.

*— **Zur Beachtung!** Zwecks Beichtigung unserer schön geschmückten Kirche wird dieselbe Freitag mittags 12 Uhr bis nachmittags 4 Uhr offen gehalten.

Leipzig. (Diebstahl.) Wie das Polizeiamt jetzt bekannt gibt, ist am Silvesterabend in die Lagerräume einer Haushaltswarenfirma in der Leipziger Straße eingebrochen worden, wobei die Diebe einen großen Posten Pelzwaren im Werte von 52 000 Mark erbeutet haben.

*— **Sind die im Januar Entlassenen wahlberechtigt?** Alle Angehörigen des Heeres und der Marine, welche vom 7. Januar 1919 ab aus dem Dienst befreit werden, sind wahlberechtigt und müssen ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr an dem Orte zur Wahl zugelassen werden, wo sie sich am Wahltag aufzuhalten.

*— **(W. C. B.) Zur Beachtung!** Die obere Versorgungsleitung regt an, ordnungsmäßig Entlassene bei der Ausstellung in Staats- und Privatbetrieben der nicht ordnungsmäßig Entlassenen vorzuziehen. Es kann erwartet werden, daß dieser Anregung wie vor den Staatsbetrieben, so auch von den privaten Unternehmen entsprochen werden wird. Ebenso werden wohl alle Arbeitgeber bereit sein, für die zuletzt beimfeindenden Kämpfer unter allen Umständen Arbeitsmöglichkeiten offen zu halten. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, eine Pflicht der Dankbarkeit, diesen bis zuletzt in treuester Pflichterfüllung ausarenden Gefreien gegenüber, daß in dieser Weise für ihre Zukunft gesorgt wird. Es sind die Besten und die Zuverlässigen, die auch im Friedensberuf sich voll und ganz bewähren werden.

*— **Der Landesausschuss des Roten Kreuzes in Sachsen** schreibt uns: Das deutsche Rote Kreuz hat an das amerikanische Rote Kreuz telegraphisch das dringende Erbitten gerichtet, sich für die baldige Rücksendung aller deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, insbesondere auch der in Russland befindlichen, bei den Regierungen der beteiligten Staaten